Sonderausgabe
Jahrgang 86

Amtsblatt der Stadt Wien

6. November 1981

Eigentümer und Verleger: Stadt Wien.
Herausgeber: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53 — PID).
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler.
Für den Inhalt verantwortlich: Elfriede Horvath.
Alle 1082 Wien 1, Rathaus, 3. Stiege,
Telefon 42 805 (oder 42 800, Durchwahl), Klappe 2973.
Verwaltung: Klappe 2975. Zentralsparkassen-Konto: 696.202.605.

Anzeigenannahme, Postanschrift: 1031 Wien, Postfach 95, Telefon 72 66 81, Kl. 30, Durchwahl (R. Zauner).
Druck: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H., 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97.
Vertrieb und Abonnement-Annahme: Morawa & Co., Buchhandlung und Zeitungsbüro, 1010 Wien, Wollzeile 11, Tel. 52 56 61
Jahres-Abonnement (einschließlich „wien aktuell") 200 Schilling
Abonnement-Einzahlungen: Zentralsparkassen-Konto: 696.213.107.

(MA 62-1/VBf 81/II/III)

KUNDMACHUNG

über die Ausschreibung von Volksbefragungen in der Bundeshauptstadt Wien

I. Auf Grund des § 2 des Wiener Volksbefragungsgesetzes vom 13. Dezember 1979, LGBl. für Wien Nr. 5/1980, und des Beschlusses des Gemeinderates vom 30. Oktober 1981, Pr.Z. 582/GAt/81, wird die Durchführung einer Volksbefragung im gesamten Stadtgebiet ausgeschrieben. Die Fragen lauten:

1. Sind Sie dafür, daß der Wohnbau ohne Gewinnstreben (sozialer Wohnbau) durch Gemeinde und Genossenschaften mit seinen vielfältigen Wohnformen (mehrgeschossige Wohnhäuser in Baulücken im dichtverbauten Gebiet, Wohnungen in sanierten Altbauten, neue Wohnsiedlungen, Reihenhäuser) eine vorrangige Aufgabe der Wiener Kommunalpolitik bleibt?

   JA — NEIN

2. Sind Sie dafür, daß die Modernisierung und Wiederbelebung erhaltungswürdiger Wiener Altbauten (durch soziale Wohnbauträger, durch Hauseigentümer und Mieter oder auch durch Gruppen junger Menschen, denen Häuser zur Sanierung übergeben werden) verstärkt wird, wobei die Erträgnisse einer Abgabe für unvermietete Wohnungen (die von den Hauseigentümern zu leisten ist) ausschließlich der Althaussanierung zugute kommen sollen?

   JA — NEIN

3. Sind Sie dafür, daß die Altstadtsanierung verstärkt mit öffentlichen Mitteln gefördert wird mit dem Hauptziel, das charakteristische Wiener Stadtbild in den älteren Vierteln zu erhalten und dort zugleich modernen Wohnraum zu schaffen?

   JA — NEIN

4. Sind Sie für die Errichtung von 885 modernen und erschwinglichen Wohnungen in Wien-Penzing (Steinhof-Gründe), wobei gleichzeitig mehr als 200.000 m² Grünfläche, die den Wienerinnen und Wienern bisher nicht zugänglich waren, öffentlicher Grünraum werden sollen?

   JA — NEIN

5. Sind Sie dafür, daß zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien zusätzlich zum Wohnungsbau finanzielle Mittel verstärkt eingesetzt werden, um Groß- und Kleinbetriebe zu sichern beziehungsweise anzusiedeln?

   JA — NEIN

II. Auf Grund des am 30. Oktober 1981 beim Magistrat eingebrachten und von der erforderlichen Mindestanzahl wahlberechtigter Gemeindemitglieder unterzeichneten Antrages wird gemäß § 5 des Wiener Volksbefragungsgesetzes vom 13. Dezember 1979, LGBl. für Wien Nr. 5/1980, die Durchführung einer weiteren Volksbefragung im gesamten Stadtgebiet ausgeschrieben. Die Frage lautet:

Sollen die Steinhofgründe verbaut werden?

JA — NEIN

III. Die Volksbefragungen werden vom

9. bis 11. Dezember 1981

durchgeführt. Als Stichtag wird der 9. November 1981 festgesetzt.

Die am Stichtag wahlberechtigten Gemeindemitglieder (das sind alle Personen, die bis zum 9. November 1962 geboren wurden, zum Stichtag österreichische Staatsbürger und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind und in der Gemeinde Wien ihren ordentlichen Wohnsitz haben) können unter Abgabe der ihnen übermittelten STIMMKARTEN bei den vom Magistrat eingerichteten ANNAHMESTELLEN unter Nachweis ihrer Identität die gestellten Fragen beantworten.

Zahl und Lage der ANNAHMESTELLEN sowie die **täglichen Stimmzeiten** werden gesondert öffentlich kundgemacht werden.

Außerdem werden der Zeitraum der Versendung der STIMMKARTEN an die stimmberechtigten Gemeindemitglieder und die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung des Teilnahmerechtes bei unterbliebener Zustellung von STIMMKARTEN öffentlich bekanntgegeben werden.

Wien, am 6. November 1981

Der Bürgermeister:
Leopold Gratz